



## Pressemitteilung

30. August 2008

### Grüne bestimmen den Kurs in Geesthacht

Die neue Mehrheit in der Geesthachter Ratsversammlung hat sich zum Ziel gesetzt, bisherige Beschlüsse der alten Mehrheit zu kippen. Dabei profiliert sich der neue Fraktionschef der Grünen Ali Demirhan zum Wortführer. Sind doch alle bisherigen Initiativen von ihm und seiner Fraktion ausgegangen. Die SPD fügt sich offenbar in die Rolle des Erfüllungsgehilfen; obwohl deren Fraktionschef Sam Bauer noch kurz nach der Wahl sein 100 Tage Programm verkündet hatte, das nun zum Programm der Grünen geworden ist. Die Linke als dritter Partner des Linksbündnisses hatte ohnehin kein Programm für Geesthacht erstellt und tun, was Grüne und SPD vorgeben.

Der Umbau der Bergedorfer Strasse ist nach ausgiebiger Diskussion mit Anliegern, WVG, Politik, anderen gesellschaftlich relevanten Gruppen und Baumfachleuten durch die zuständigen Gremien mit den Stimmen der nach der Kommunalwahl 2003 gewählten Mehrheit aus CDU und FDP beschlossen worden.

Auch die FDP will eine möglichst große Anzahl der gesunden Bäume erhalten, wir maßen uns aber nicht an, wie von den Grünen gefordert, eine Bewertung nach erhaltenswert oder nicht erhaltenswert in den Ausschüssen vorzunehmen. Diese Bewertung muß den Fachleuten überlassen werden. Ein Erhalt aller, dann wohl nach Einschätzung des Linksbündnisses, gesunder Bäume würde eine deutlich längere Bauzeit bedeuten. Dies trägt die FDP ebenso wenig mit, wie eine Umlage der Kosten auf die Anlieger. Die Fußgängerzone ist eine Visitenkarte der Stadt und darüber hinaus ist der Straßenbelag an sich in Ordnung. Da jedoch die Kanalisation und auch Versorgungsleitungen der Stadtwerke erneuert und ausgetauscht werden müssen, kann beim Wiederherstellen der Oberfläche die Chance genutzt werden, diese entsprechend zu verändern. Diese Kosten den Anliegern aufzudrücken, ist unfair.

Auch das Vorhaben der Grünen den Bauhof entgegen des Beschlusses der alten Mehrheit komplett mit einer Photovoltaikanlage zu versehen, ist ein Beleg dafür, daß die Grünen und Herr Demirhan allen zeigen will, wer nun in Geesthacht das Sagen hat. CDU und FDP haben bei dem Beschluß, nur ein Dach mit einer Anlage zu versehen, zum einen die Kosten und zum anderen die Nutzung des Baubetriebshofes im Auge gehabt. Wenn es nach SPD und Grünen gegangen wäre, dann wäre der Bauhof in einer stark abgespeckten Version gebaut worden und die Nutzung stark eingeschränkt gewesen. Darunter hätten auch die Mitarbeiter zu leiden gehabt, da einige Sozialräume deutlich kleiner ausgefallen oder ganz gefehlt hätten. Dafür sollte aber dann die Photovoltaikanlage auf dem Dach gebaut werden. Für den Bau sind insgesamt 5,7 Mio. Euro veranschlagt worden, wenn dem Antrag der Grünen zugestimmt wird, kostet der Baubetriebshof den Steuerzahler rund 6,5 Mio.

Und es kommt noch dicker, die von den Grünen dargestellte Wirtschaftlichkeit der Anlage bezahlen auch die Steuerzahler, nämlich über ihre Stromrechnung. Für den produzierten Strom wird 20- Jahre lang eine Einspeisevergütung von ca. 44 ct pro Kilowattstunde bezahlt. Umgelegt wird das nach dem Erneuerbare- Energien- Gesetz (EEG) auf alle Stromverbraucher. Dies bedeutet pro Kwh bezahlt jeder Stromkunde in Deutschland ca. 0,5 ct.

Das hört sich wenig an, summiert sich aber mit den anderen staatlich verursachten Bestandteilen des Strompreises wie Kraftwärmekopplungsabgabe (KWKG), Ökosteuer, Konzessionsabgabe (in Geesthacht für Privathaushalte 1,59 ct/Kwh) und Mehrwertsteuer ca. 41 % des gesamten Strompreises auf.

Wirtschaftlich ist die Anlage also nur, weil eine stark erhöhte Vergütung für den einspeisten Strom bezahlt wird. Aus Sicht der FDP ist die Förderung über Einspeisevergütungen der falsche Weg um alternative und regenerative Energien zu fördern. Aus unserer Sicht ist eine staatlich finanzierte Objektförderung der bessere Weg.

Für die Fraktion  
Rüdiger Tonn